



INHALT

- 4 Betreuungsgeld gestoppt
- 8 Mehr Zeit für Familie?
- 10 Mit Herz für Flüchtlinge
- 11 Aus dem DFV berichtet
- 12 Drei Fragen an ...



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Familienleben braucht Zeit und Geld. Denn wer mit Kindern lebt, möchte sie nicht nur finanziell versorgen, sondern auch im Alltag begleiten. Ob Eltern sich nach der Geburt für eine frühe Rückkehr an den Arbeitsplatz entscheiden oder ob ihr Kind eine längere Betreuung zu Hause braucht - das können nur Mütter und Väter für ihren Sprössling entscheiden. Leidige Diskussionen über „Rabenmütter“ und „Heimchen am Herd“ machen lediglich Stimmung und führen zu nichts.

Eine moderne Familienpolitik stellt sicher, dass Eltern das zu ihnen passende Betreuungsmodell frei wählen können. Doch sie kann sich nicht ausschließlich am Arbeitsmarkt orientieren. Unser Weltbild ist inzwischen so erwerbsorientiert, als hinge unser Lebensglück allein vom Arbeitsmarkt ab. Eltern reiben sich auf an diesem Spagat zwischen der Familienarbeit und den beruflichen Herausforderungen. Unbestritten ist es wichtig, genug Geld für grundlegende Bedürfnisse zur Verfügung zu haben: Kleidung, Nahrung und ein Dach über dem Kopf kosten Geld. Aber ebenso wichtig ist es, Kinder ins Leben zu begleiten, ihnen zuzuhören, sie zu unterstützen und mit ihnen zu lachen.

Statt diskriminierender Debatten brauchen wir in Deutschland eine moderne und liberale Familienpolitik, die verschiedene Betreuungsmodelle nicht gegeneinander ausspielt. Viele junge Menschen wünschen sich eigentlich ein Leben mit Kindern und wissen schlichtweg nicht, wie sie Berufseinstieg, Schwangerschaft und Elternzeit, geringere Einkommen, Kinderbetreuung und beruflichen Wiedereinstieg unter einen Hut bekommen sollen. Finanzielle Unsicherheit und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung schrecken ab, eine Familie zu gründen. Doch die demografische Katastrophe kann nur aufgehalten werden, wenn wir Menschen ermutigen, „Ja“ zu Kindern zu sagen und Eltern familienpolitisch unterstützen.

Mit dem Urteil (siehe S.4ff) zum bundesfinanzierten Betreuungsgeld haben die Bundesverfassungsrichter übrigens nicht gegen die Wahlfreiheit entschieden. Sie stellten lediglich fest, dass es in der Verantwortung der Bundesländer liegt, Familien die freie Wahl in der Betreuung zu ermöglichen. Aber das reicht nicht aus! Was wir wirklich brauchen, ist ein Solidarpakt für junge Familien, an dem sich auch der Bund beteiligt! Der Deutsche Familienverband fordert ein Betreuungsbudget in Höhe von 700 Euro pro Kind und Monat. Damit können Eltern selbst wählen, wie lange und wo sie ihren Nachwuchs betreuen (lassen), bevor er drei Jahre alt ist.

Viel Kraft investieren wir gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken in den „ersten Elternaufstand in der Geschichte der Bundesrepublik“. Und unser Kampf um familiengerechte Beiträge in den Sozialversicherungen erfährt große Resonanz! Nach dem abschlägigen Urteil des Bundessozialgerichts will die Klagefamilie nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Hinter ihr stehen tausende Familien, die „Wir jammern nicht, wir klagen!“ unterstützen. Über den Stand der Dinge informieren wir auf elternklagen.de.

Zum Schluss lassen Sie mich noch ein Wort über die Menschen sagen, die den Geflüchteten aus aller Welt derzeit eine Familie sind oder versuchen, es zu sein. Ihnen gilt mein allergrößter Respekt. Auch der DFV leistet hier Vorbildhaftes: Projekte vor Ort helfen, wo Hilfe nötig ist, geben Obdach, Nahrung oder Zeit und Unterstützung.

Herzlich,

Ihr



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Für viele Menschen war es eine Herausforderung: Während sich Tausende auf den Weg gemacht haben, vor Krieg und Armut zu fliehen, hießen andere sie willkommen und boten Unterstützung an. Vor allem die Schicksale von Familien mit kleinen Kindern und allein reisenden Jugendlichen berührten. Kein Wunder, dass sich der DFV bundesweit für Flüchtlinge engagiert, die in Deutschland eine neue Heimat suchen.

Der „erste Elternaufstand“ brauchte 2015 unsere ganze Kraft. Gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken haben wir gegen die verfassungswidrige Belastung von Eltern in den Sozialversicherungen mobil gemacht. Auf elternklagen.de bieten wir Informationen zum Hintergrund und den Zielen der Aktion. An unserer Seite stehen nicht nur tausende Familien, sondern auch der Hessische Landessozialrichter a.D. Dr. Jürgen Borchert.

Mir bleibt zu wünschen, dass das Neue Jahr für alle Menschen in unserem Land friedvoll und einander zugewandt beginnt! Alles Gute für Sie,

Ihre Britta Sandv

Normaler Wahnsinn!

Stress beim Schuhkauf und Essen unter dem Tisch – das ist Alltag in der Familie Grüneberg. In ihrem Buch „Alles nur eine Phase. Meine Familie und ich gegen den Alltag“ erlaubt Autorin und Journalistin Sabine Grüneberg einen Blick hinter die Kulissen.



Die fünfköpfige Familie wirbelt zwischen Kindergarten, Schule, Fußballplatz, Büro und Zuhause herum und versucht jeden Tag das Beste. Vieles klappt, anderes geht schief – wie bei den meisten Familien landauf und landab.

Grüneberg schreibt für die Zeitschrift ELTERN Kolumnen mitten aus dem Leben. Daraus und ergänzt um unveröffentlichte Geschichten hat sie nun ein Buch gemacht. In den kurzen Episoden geht es ums Einschlafen, um Schulprojekte, Partnerschaft, Nachbarschaftskonflikte und den Spagat zwischen Familie und Beruf. Grüneberg erzählt sie charmant, selbstironisch und witzig.

Neben dem Lesevergnügen wird immer wieder klar, dass nichts in dieser Welt perfekt ist. Das gilt auch für Eltern! Sie wollen mit ihren Kindern alles gut und richtig machen. Aber manchmal hilft einfach nur die Hoffnung, dass morgen ein neuer Tag beginnt und irgendwie alles gut wird ...

„Alles nur eine Phase“ ist bei Herder erschienen und kostet 9,99 Euro. ■



Betreuungsgeld gestoppt

Von Sabine Grüneberg

Das Bundesverfassungsgericht hat das bisherige Betreuungsgeld gestoppt. Die Richter hielten die in den Medien häufig als „Herdprämie“ verschriene staatliche Leistung für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, für unvereinbar mit der Verfassung: Allerdings nicht in der Sache, sondern aus Gründen der Zuständigkeit. Der Bund darf sich auf

dem Gebiet der „öffentlichen Fürsorge“ nämlich nur einmischen, wenn gleichwertige Lebensbedingungen im Land gefährdet sind oder das große Ganze – also die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit Deutschlands – ein Bundesgesetz erfordert. Kurz zusammengefasst lautet das Urteil: Die Länder sind zuständig.

Inhaltlich nicht beurteilt

Auch wenn seitdem gern so getan wird, als hätte das Verfassungsgericht eine familienpolitische Leistung aus inhaltlichen Gründen einkassiert, kann davon keine Rede sein. Die Richter waren klug genug, sich auf die hitzige Diskussion um Betreuungsmodelle und Frauenleitbilder nicht einzulassen. Es stünde ihnen auch nicht zu: Wo und wie die Kinder erzogen werden, ist ganz allein die Sache der Eltern. Den Gesetzgeber geht es auch nichts an, auf welche Art und Weise das eheliche und familiäre Zusammenleben gestaltet wird. Das haben die Richter in einem früheren Urteil bereits klar gestellt (Kinderbetreuungsurteil, 10. Nov. 1998).

„Neben der Pflicht, die von den Eltern im Dienst des Kindeswohls getroffenen Entscheidungen anzuerkennen ..., ergibt sich aus der Schutzpflicht des Art. 6 Abs. 1 GG auch die Aufgabe des Staates, die Kinderbetreuung in der jeweils von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu fördern. ... Der Staat hat dementsprechend dafür Sorge zu tragen, dass es Eltern gleichermaßen möglich ist, teilweise und zeitweise auf eine eigene Erwerbstätigkeit zugunsten der persönlichen Betreuung ihrer Kinder zu verzichten wie auch Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Der Staat muss auch die Voraussetzungen schaffen, dass die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe nicht zu beruflichen Nachteilen führt, dass eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit ebenso wie ein Nebeneinander von Erziehung



und Erwerbstätigkeit für beide Elternteile einschließlich eines beruflichen Aufstiegs während und nach Zeiten der Kindererziehung ermöglicht und dass die Angebote der institutionellen Kinderbetreuung verbessert werden.“ (BVerfGE 99, 216 – 2 BvR 1057/91 u.a.)

Familie unter besonderem Schutz

Artikel 6 Grundgesetz stellt die Familie unter besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Verfassung hebt ihren Wert für die Gesellschaft nachdrücklich hervor – aus dem Wissen heraus, dass Familie Grundvoraussetzung des freiheitlichen, demokratischen und solidarisches Verfassungsstaates ist. Ein so verstandener Familienschutz fordert alle staatlichen Ebenen. Auch wenn das Verfassungsgericht nun festgestellt hat, dass die Betreuungsförderung Sache der Länder ist.

„Wie wollen wir Menschen denn Mut zur Familiengründung machen, wenn wir ihnen nicht einmal zutrauen, in den ersten Lebensjahren die richtigen Entscheidungen für die Betreuung und Förderung ihres Kindes zu treffen?“

Dr. Klaus Zeh, Präsident des DFV

Familienpolitik ist eine Zukunftsaufgabe, die nur als Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden kann. Gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen müssen sich den Familien anpassen, nicht umgekehrt. Die Tendenz, Familie mehr und mehr den Zwängen der Arbeitswelt zu unterwerfen, sieht der Deutsche Familienverband mit Sorge. Jedes Kind hat



ein Recht und einen Anspruch auf die individuell zu ihm passende Betreuung. Ein ausreichend hohes Betreuungsgeld und Betreuungsangebote in guter und ausreichender Zahl sind daher keine Gegensätze. Sie sind vielmehr die tatsächliche Voraussetzung dafür, dass sich Mütter und Väter frei entscheiden können, wie ihr Kind betreut sein soll.

Politik hat zur Aufgabe, Eltern dabei zu unterstützen, auf die Bedürfnisse und Rechte ihrer Kinder (§ 1 Abs. 1 SGB VIII) einzugehen und sie altersentsprechend und individuell in ihrer Entwicklung zu begleiten und zu fördern. Auch und gerade der Bund ist hier in der Verantwortung: So wie er sich am Ausbau der Kinderbetreuung beteiligt, steht er auch in der Pflicht, andere elterliche Betreuungsentscheidungen zu unterstützen. Der Deutsche Familienverband fordert daher die Schaffung einer gleichwertigen Förderung: Ein Betreuungsbudget.

Das Betreuungsbudget

Die Betreuung in öffentlichen Einrichtungen für unter dreijährige Kinder wird derzeit mit 700 bis 1000 Euro monatlich pro Platz vom Staat bezuschusst. Dies ist mit Blick auf die Bedürfnisse so kleiner Kinder auch erforderlich. Wer sein Kind





in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreut, geht allerdings künftig nach dem Elterngeldbezug leer aus. Wahlfreiheit, wie vom Bundesverfassungsgesetz verlangt, sieht anders aus. Hier setzt der DFV auf ein kluges Modell: Ein **Betreuungsbudget von rund 700 Euro garantiert Wahlfreiheit** und wird allen Eltern gerecht. Bar ausgezahlt könnte jede Familie mit Kleinkindern bis zu drei Jahren ihren Bedürfnissen entsprechend die gewünschte Betreuungsform wählen: Ob Krippe, Tagesmutter, Betreuung zu Hause oder ein Mix aus allem. Auch wer auf der Suche nach einem Krippenplatz ist, hätte nun bessere Karten: Eltern treten plötzlich als „Nachfrager“ auf und können besser über Qualität und Ausgestaltung von Betreuungsangeboten entscheiden.

Noch mehr Förderung?

Bekommen Familien nicht schon genug? Sind Kinderfreibetrag, Kindergeld, Ehegattensplitting und insgesamt angeblich 200 Milliarden Euro Familienförderung nicht ausreichend? Die Antwort lautet: Nein!

Denn Kinderfreibetrag und Kindergeld dienen der Erstattung zu viel gezahlter

Steuern. Eltern dürfen auf das Existenzminimum ihrer Kinder nämlich nicht mit Steuern belastet werden. Das ist Verfassungsvorgabe und keine Familienförderung. Das Ehegattensplitting dient der verfassungskonformen Besteuerung von zusammen veranlagten Wirtschaftsgemeinschaften – egal ob Kinder im Spiel sind oder nicht. In Bezug auf die angeblichen 200 Milliarden Euro Familienförderung spricht selbst die Bundesregierung nur noch von 55 Milliarden echter Familienförderung.

Unterdessen sind Familien in den Sozialversicherungen gravierend benachteiligt. Sie zahlen nämlich doppelt ein: Mit Geldbeiträgen UND ihrer Erziehungsleistung. Trotz eines Urteils vom Bundesverfassungsgericht 2001 und des Auftrags an den Gesetzgeber, Familiengerechtigkeit in der Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung herzustellen, werden Eltern bis heute verfassungswidrig belastet. Die gemeinsame Kampagne von DFV und dem Familienbund der Katholiken „Wir jammern nicht, wir klagen!“ (elternklagen.de) macht sich deshalb laut und mit großer öffentlicher Unterstützung für familiengerechte Beiträge in den Sozialversicherungen stark.

Das leidige Thema: „Herdprämie“

Gern und laut wurde das Betreuungsgeld in der Vergangenheit als „Herdprämie“ stigmatisiert. Grund: Es halte Mütter vom Arbeitsplatz und Kinder von der Bildung fern. Die Erfahrungen mit dem Thüringer Landeserziehungsgeld zeigten allerdings, dass die Betreuungsquoten durch die Förderung von häuslicher Betreuung nicht sinken.

Ausdrücklich wehrt sich der DFV gegen die Annahme, die Betreuung in Einrichtungen sei qualitativ hochwertiger als zu Hause. Langzeitstudien zur frühkindlichen Entwicklung wie die deutsche NUBBEK-Studie oder die NICHD-Studie aus den USA sehen keine Anhaltspunkte, die dieses Misstrauen gegenüber einer häuslichen Betreuung während der ersten drei Lebensjahre rechtfertigen. Sie zeigen vielmehr: Eine gute Entwicklung des Kindes steht und fällt mit der elterlichen Erziehung, unabhängig von der gewählten Betreuungsform – also auch dann, wenn das Kind ganztags in einer guten Krippe betreut wird.

Fazit

„Nicht der Staat, die Eltern wissen in der Regel am besten, was gut für ihr Kind ist und das kann bei jedem Kind ganz unterschiedlich sein“, erklärt Dr. Klaus Zeh, Präsident des DFV. „Eine gute außerhäusliche Betreuungsstruktur und eine finanzielle Ausstattung der Familien, die ihnen Wahlmöglichkeiten eröffnet, gehören zusammen.“ Bund, Länder und Kommunen sind hier gemeinsam gefragt.

Zwei Mütter – zwei Meinungen zum Betreuungsgeld

„Ich habe es in Anspruch genommen.“



Sonja Marbach, 37,
Kinderpsychologin aus Bremen,
zwei Kinder

„Glücklicherweise können wir es uns leisten, dass ich in den ersten drei Jahren bei meinen Kindern bleibe. Durch meinen Beruf weiß ich, wie essentiell eine verlässliche Bindung für die weitere Entwicklung ist. Diese individuelle Beantwortung der kindlichen Bedürfnisse können Krippen meiner Meinung nach bei der hohen Arbeitsbelastung der Erzieher nicht schaffen.“

150 Euro Betreuungsgeld sind in keiner Weise als verhältnismäßige Bezahlung zu sehen. Aber für mich waren sie immer eine kleine Geste der Anerkennung.“

„Ich konnte und wollte es mir nicht leisten, länger zu Hause zu bleiben.“



Caroline Schmiech, 40, Verkaufsleiterin aus Hamburg,
zwei Kinder

„Ich bin bei beiden Kindern nach 12 Monaten wieder im Job gewesen. Von lächerlichen 150 Euro Betreuungsgeld kann man keine drei- oder vierköpfige Familie ernähren. Auch wenn ich nicht Hauptverdienerin wäre (mein Mann verdient weniger als ich), hätte ich mich so entschieden. Weil: Wie soll ich sonst etwas Geld zu-

rücklegen für Ausbildung, Auslandssemester, Studium oder Zahnversicherung? Und außerdem: Wer sorgt für meine Rente vor? Die Beitragsjahre fehlen. Ich hätte ein schlechtes Gefühl, wenn ich mich ganz auf meinen Mann verlassen müsste.“

Betreuungsgeld: Argumente gegen Vorurteile

- ... Für einkommensschwache Familie setzt ein Betreuungsgeld falsche Anreize
→ *Arme Eltern sind nicht automatisch schlechte Eltern, die ihren Kindern Förderangebote vorenthalten, um das Geld in die eigene Tasche zu stecken.*
- ... Bei Fachpersonal in der Krippe lernen Kinder mehr
→ *Studien* zeigen: Minimale positive kognitive Effekte, die im ersten Jahr des Schulbesuchs nivelliert werden, konnten durch einen Kindergartenbesuch nur bei sehr, sehr hoher Qualität der Betreuung nachgewiesen werden.*
- ... Mütter werden vom Arbeitsplatz ferngehalten
→ *In den letzten Jahren stieg die Müttererwerbsquote kontinuierlich an. Trotz Betreuungsgeld.*
- ... Ein Kind zu Hause bekommt nicht die reichhaltigen Impulse, die es braucht
→ *Für manche Kinder ist die Krippe zu viel: Selbst in gut ausgestatteten Krippen zeigen einige Kinder erhöhte Stressbelastungswerte*
- ... Wer lange zu Hause bleibt, kommt nicht mehr in den Job
→ *Zukunftsfähige Familienpolitik muss anerkennen, dass eine große Mehrheit der Familien mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen will. Das ist keine altmodische Minderheit, sondern verantwortungsbewusste Elternschaft.*

* u.a. die mit Abstand umfassendste und unter Pädagogen unumstrittene Kohortenstudie des National Institute of Child Health and Development (NICHD)

Mehr Zeit für Familie? Von wegen!

Von Sabine Grüneberg

Es gab Zeiten, da wurde unter der Prämisse „Familienfreundlichkeit“ für die 40-Stunden-Woche gekämpft. Mit der Kampagne „Samstags gehört Papa mir“ erreichten die Gewerkschaften um 1960, dass die Arbeitswoche von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzt wurde. Das damalige Leitbild war der Familienlohn:

Ein Facharbeiter sollte mit dem Einkommen für 40 (zuvor 48) Arbeitsstunden eine vierköpfige Familie ernähren können.

Die Errungenschaften von damals scheinen in Vergessenheit zu geraten. Denn nach dem neuen Familienmodell mit dem Elterngeld Plus von Bundesministerin Manuela Schwesig sollen beide Eltern nun 32 Stunden x 2 = 64 Stunden für den Unterhalt der Familie arbeiten. Um das leisten zu können, sollen sie für die dann notwendige externe Kinderbetreuung bezahlen – und zwar nicht zu knapp. Krippengebühren zwischen 200 Euro (Magdeburg) und 600 Euro (Frankfurt a.M.) pro Monat belasten das Portemonnaie. Und auch, wenn das Kind dem Krippenalter entwachsen ist, bezahlen Eltern weiter für frühkindliche Betreuung, als Steuerzahler.

Fit für den Arbeitsmarkt?

Um diese Umkehr zu rechtfertigen, muss Eltern Glauben gemacht werden, dass ein Familienmodell, in dem sich alle aufeinander verlassen können, überholt ist. Nach dem Motto „wer sich verlässt, wird verlassen (sein)“ wird mit „Gleichstellung“ und „Frauenförderung“ argumentiert, die bei näherem Hinsehen natürlich keine ist, denke man nur an die Lohnunterschiede von männlichen und weiblichen Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber können sich doppelt freuen: Erhalten sie doch mit Frauen nicht nur schnell wieder günstige Arbeitnehmerinnen, sondern dazu auch noch mehr Arbeitsstunden insgesamt. Und die Politik hält den Steigbügel.

Dass Kapitalinteressen Vorrang vor Familienleben haben, weisen Politik und Wirtschaft von sich. „Familienfreundliche Arbeitsmodelle“ lautet die Sprachregelung, während Ladenöffnungszeiten immer weiter verlängert und Schichten ausgedehnt werden – gerade in Branchen, in denen Frauen als Verkäuferinnen und Krankenschwestern erwerbstätig sind. Eine 24 Stunden an sieben Tagen der Woche-Mentalität gibt mittlerweile den Takt vor. Und Eltern wird gesagt, dass ihre Kinder von



Vater Staat besser erzogen werden. Die Qualität stimmt noch nicht so ganz, „aber das kriegen wir bald in den Griff.“

Wunsch und Wirklichkeit

Dabei ist es mit der „frühkindlichen Bildung“ nicht wirklich weit her, zeigen doch Studien, dass Betreuungsschlüssel und Personalkapazitäten in Deutschland vielerorts weit unter dem liegen, was als kindgerecht und „den individuellen Bedürfnissen entsprechend“ bezeichnet werden kann. Auch der Vergleich Ost- und Westdeutschland unterstreicht: Ganztägige Betreuung (in manchen ostdeutschen Regionen werden mehr als 50 Prozent der Unterdreijährigen ganztätig betreut, in Niedersachsen und Bayern nur weniger als 5 Prozent) heißt nicht, dass die Kinder aus Gera und Jena später besser in der Schule abschneiden, als junge Menschen aus Bayern.

Von einem Vorsprung durch institutionelle Betreuung kann also keine Rede sein. Stattdessen streiken nun die Erzieher. Sie sind vom Erwartungsdruck überfordert und fühlen sich allein gelassen. Der Ausbau von Betreuung ist nicht umsonst zu haben. Und die paar Milliarden, die dafür locker gemacht wurden, reichen längst nicht, um die Leistungen, die vorher in den Familien übernommen wurden, für eine ganze Generation wettzumachen.

Familien wünschen sich vor allem eines: mehr Zeit. Jeder dritte Vater und jede fünfte Mutter bemängeln, zu wenig Zeit für ihre Kinder zu haben. Knapp 80 Prozent der Väter wollen, dass sich das ändert und sie sich mehr um die Familie kümmern können, so die Ergebnisse der kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zeitverwendungsstudie „Wie die Zeit vergeht – Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013“. Mütter, die in Vollzeit arbeiten, wünschen sich weniger Erwerbsarbeit. Sie sind laut sozioökonomischem Panel mit ihren Lebensverhältnissen unzufriedener als in Teilzeit beschäftigte



oder nicht erwerbstätige Mütter. Karrierefrauen mag ihr Erfolg entschädigen – für viele Mütter ist dieses Lebensmodell jedoch unattraktiv. Sie bevorzugen Teilzeitlösungen oder eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

32 Wochenstunden mal zwei bedeuten nicht MEHR, sondern WENIGER Zeit für die Familie. Offensichtlich hat die Bundesregierung hier das Rechnen verlernt. Ein Familienleitbild, das Kleinkindern die Eltern vorenthält und westdeutsche Regionen als „rückständig“ diskreditiert, wenn Eltern skeptisch gegenüber ganztägiger Fremdbetreuung bleiben – ein Modell, das Eltern als „Helikoptermütter“ beschimpft oder „dem Müttermythos“ verfällt, ist kein modernes Bild von Familie.

Moderne Familienpolitik sollte die Interessen von Eltern und Kindern im Blick haben, nicht die der Wirtschaft. Die Rückständigkeit des neuen Elterngeldes zeigt sich eben gerade hier, wo Errungenschaften über Bord geworfen werden und wo Toleranz gegenüber alternativen Lebensmodellen nicht mehr groß geschrieben wird. ■



Mit Herz und Hand für Flüchtlinge



Sie haben Krieg, Elend und Flucht überlebt und versuchen nun, in Deutschland ein neues Zuhause zu finden. Auch in Erfurt warten viele Flüchtlinge darauf, dass über ihren Asylantrag entschieden wird. Der Deutsche Familienverband unterstützt aktuell mehr als 100 Menschen in der thüringischen Landeshauptstadt, die ihre Heimat verloren haben. In einer Gemeinschaftsunterkunft leben 65 Kinder und Erwachsene, die Turnhalle bietet als Notunterkunft weiteren 52 Personen (momentan vor allem Männern) Unterschlupf.

Susanne Zwiebler ist Landesgeschäftsführerin des DFV Thüringen und hat seit Monaten alle Hände voll zu tun. Familien mit Kindern sollen zügig aus der Turnhalle kommen und wenigstens gemeinsam in einem Zimmer leben können. Es sind Gespräche zu führen mit Behörden, Netzwerke zu bilden, Spenden zu koordinieren, ehrenamtliche Helfer einzubinden, die Essensversorgung der Menschen aus komplett anderen Kulturen sicherzustellen und natürlich im Wohngebiet um Unterstützung zu werben. „Jeder Tag ist neu und es muss etwas anderes geregelt werden“, sagt sie. Sie stemmt diese Herausforderung mit insgesamt zwei Vollzeit-Stellen, einem

Bundesfreiwilligen und ehrenamtlichen Helfern. „Das sind gute Leute und darüber bin ich sehr, sehr froh!“

Viele Familien kümmern sich ehrenamtlich um die Flüchtlinge, begleiten sie zum Arzt oder zu Behörden. Auch als im Oktober ein rechter Aufmarsch stattfand, wichen die Helfer nicht zurück. Die friedliche und bunte Gegendemo setzte ein Zeichen, manche Familien ließen „ihre“ Flüchtlinge nicht auf die Straße und boten Übernachtung an. „Die Menschen stammen unter anderem aus Afghanistan, Eritrea, dem Iran oder Syrien. Sie sind hier gut eingebunden im Wohngebiet, kommen in den Family Club oder in den Jugendclub, packen mit an, wenn Hilfe gebraucht wird. Was sie aber wirklich quält, ist die lange Wartezeit, bis über ihren Asylantrag entschieden ist. Das belastet sie psychisch sehr. Bisher haben erst zwei oder drei Flüchtlinge die Anerkennung Ihres Antrags erhalten. Das ist unmenschlich!“

Wie sinnvoll und hilfreich dagegen die Flüchtlingsarbeit ist, war zum Beispiel bei den Länderabenden zu spüren. Es wurde im Garten des Family Clubs gefeiert, gemeinsam gekocht, junge afghanische Flüchtlinge bastelten



Drachen für die Kinder. Viele Gäste kamen, um über die Menschen und ihre Kultur mehr zu erfahren und Freundschaften zu schließen. Und auch aus anderen Ecken kommt Unterstützung: Spenden werden abgegeben, eine Kirchengemeinde stiftete die Kollekte, Ehrenamtliche bieten Hilfe an. „Wir brauchen wirklich jeden Pfennig“, sagt Susanne Zwiebler. Zum Beispiel, damit Flüchtlingskinder auch einmal Eislaufen gehen können oder Fahrräder repariert und Ersatzteile gekauft werden können. Doch am wichtigsten ist für die Erfurter DFV-Chefin, die Menschen nicht so lange im Unklaren über den Asylantrag warten zu lassen.

Im Dezember läuft im Family-Club auch die Aktion „Wunschbaum“, ein Gemeinschaftsprojekt mit der Stiftung Familiensinn. Hier können Kinder bedürftiger Familien in Erfurt ihren Wunschzettel an den Baum hängen. Wer möchte, kann „seinem“ Kind den Weihnachtswunsch erfüllen und das Geschenk im Family-Club vorbeibringen. Auf einer großen Weihnachtsfeier wird es dann in sicher glückliche Kinderhände übergeben. ■

In Magdeburg wird multikulti gekocht

Die Schulsozialarbeiter des DFV Magdeburg haben alle Hände voll zu tun. Dieses Mal geht es ums Kochen. Denn an der Grundschule „Am Umfassungsweg“ lernen Kinder aus vielen Nationen und was gibt es Schöneres, als übers Essen Brücken zu bauen? Schon vor der Flüchtlingswelle hatte jedes dritte Kind an der Schule einen Migrationshintergrund. Heute ist es jedes Zweite. 25 Nationen mischen sich hier, Integration ist sehr wichtig. „Die Kinder lernen, ungeachtet von Nationalität und Religion miteinander zu arbeiten. Das funktioniert wunderbar!“, erzählt Sozialarbeiterin Daniela Nitschke vom DFV. Sie organisiert seit drei Jahren die Koch-AG. Auch die Eltern werden gern mit eingebunden. Es geht um Austausch, Gewohnheiten und den Alltag. Leider steht das Projekt auf dem Spiel – denn das Förderprogramm der Soziallotterie läuft zum Jahresende aus. Ob der interkulturelle Koch-Club auch in Zukunft stattfinden kann, steht in den Sternen. ■



Danke für den Urlaubs-Zuschuss!

Familie Thomanek konnte es kaum glauben. Beim Beratungsgespräch im DFV-Kreisverband Emsland Nord erfuhren sie von Fördermöglichkeiten für Familienerholung. Urlaub ist für die Großfamilie mit sechs Kindern finanziell schwierig zu realisieren. „Wir wurden bei unserem Termin sehr gut informiert und bei der Antragstellung unterstützt“, erzählt die Familie. „Dieses Geld entlastet unsere Familienkasse und ermöglicht den Kindern im Urlaub einige Aktivitäten, die sonst so wohl nicht drin wären.“ Gefördert werden Familien und Alleinerziehende unter bestimmten Bedingungen: So muss die Erholung in Deutschland stattfinden, zwischen sieben und 14 Übernachtungen enthalten und sie ist an die Höhe des Einkommens geknüpft. Informationen dazu bei allen DFV-Geschäftsstellen. ■



Willkommen neuer Nachbar!

Derzeit kommen wöchentlich Tausende von Menschen nach Deutschland, die hier Schutz und eine sichere Zuflucht suchen. Menschen allen Alters, einzeln, in Gruppen, ja sogar ganze Familien haben sich vor Krieg, Verfolgung und Gräueln aus ihrer Heimat auf den beschwerlichen Weg gemacht. Man verlässt sein Zuhause nicht ohne Grund. Es braucht schreckliche Verhältnisse, um zu flüchten.

Auch in unseren Wohnorten kommen Züge und Busse voller traumatisierter Menschen an, Kinder und Erwachsene, die oft monatelang unter unmenschlichen Bedingungen unterwegs waren. Unser Wohnort wird für sie ein Zuhause auf unabsehbare Zeit. Und sie werden für uns neue Nachbarn.

Neue Nachbarn werden anfangs immer beängstigt. Doch jede Begegnung schafft interessante Erlebnisse. Es liegt auch an uns, ob sich neue Nachbarn einleben und ein Gefühl von Familie, ein Zuhause bei uns finden. Dazu braucht es keine große Mühe, sondern nur den Willen, ein guter, ein hilfsbereiter Nachbar zu sein. Deshalb: Gehen wir aufeinander zu, bieten wir unsere Hilfe an. Vor Ort gibt es unzählige Gelegenheiten in den Gemeinden, Kirchen und Familiengruppen, denen sich jeder gerne anschließen kann. DFV als Motto: *Der Familie Verpflichtet.*

Uto R. Bonde, Ehrenmitglied des DFV



Luciana Roffo,
argentinische Sopranistin

Drei Fragen an ...



Sabine Grüneberg,
Journalistin und Buchautorin

Warum werden in Deutschland so wenig Kinder geboren?

Ich glaube, es wird Themen wie Karriere und Einkommen leider zu viel Aufmerksamkeit gewidmet und zu wenig dem Sinn, der Freude und Bereicherung, eine Familie zu gründen.

Das Familienbild heute kann Paare mit Kinderwunsch nur überfordern: Wird über Kinder berichtet, sind sie Pisa-Versager, verhaltensauffällig und immer ein Betreuungsproblem! So ein defizitorientiertes Bild macht keine Lust auf Kinder.

Was wünschen Sie sich für Ihre Familie, damit der Alltag gelingt?

Fluss, Kommunikation, Freude, Vertrauen, Respekt und Liebe. Der Rest kommt von alleine, wenn diese Sachen vorhanden sind.

Mehr Humor! Wir wollen alles richtig machen – aber wir sind nicht perfekt. Dann ist das Kind eben frech zur Nachbarin gewesen, dann hat's halt eine Sechse, weil niemand die Klassenarbeit auf dem Schirm hatte. Das passiert! Morgen machen wir's besser.

Worin sind Kinder uns um Längen voraus?

In ihrer Spontaneität, Lebensfreude, Kreativität und Neugier. Wenn sie einen Wunsch spüren oder eine Idee haben, wagen sie es einfach, neue Sachen auszuprobieren. Sie beurteilen nicht, ob es möglich ist. Sie versuchen es. Und normalerweise gelingt es ihnen!

Im Humor! Sie können sich beömmeln über Kleinigkeiten. Und die Schärfe aus schwierigen Situationen nehmen. Ihre Welt ist ganz einfach und klar. Wie schön wäre es, wenn Erwachsene die Kindersicht auf Knopfdruck ein- und ausschalten könnten.

Impressum		Heft 3/2015 – Dezember 2015	
Herausgeber/Verlag	Deutscher Familienverband e.V. Seelingstraße 58 – 14059 Berlin Präsident Dr. Klaus Zeh Mitglieder des Präsidiums: Wolfgang Haupt, Petra Nölkel	Layout	Guido Weyers, Georgsmarienhütte
Redaktion verantwortlich	Sintje Sander Seelingstraße 58 – 14059 Berlin Telefon 0 30/30 88 29 60 – Telefax 0 30/30 88 29 61	Gerichtsstand	Berlin
e-mail:	redaktion@deutscher-familienverband.de	ISSN	0949 – 4669
		Erscheinungsweise	Drei Ausgaben jährlich
		Redaktionsschluss	Jeweils am 10. des Vormonats
		Alle nicht mit Namen gekennzeichneten Beiträge wurden in der Redaktion erstellt.	
Bildnachweise: Fotolia: Titel (sonya etchison), S. 4 (Kzenon, monoVision), S. 5 (st-fotograf, Joanna Zielinska), S. 6 (@blessings), S. 8 (Ursula Deja, anna karwowska), S. 9 (BlueOrange Studio, Henlisatho), DFV Erfurt: S. 10			